



# Wahlprogramm

der AfD Bodenseekreis

zur Kreistagswahl am 26. Mai 2019

## Inhaltsverzeichnis

Präambel .....	3
Direkte Demokratie .....	3
Sicherheit und Ordnung .....	3
Kreisfinanzen .....	4
Wohnungsbau .....	4
Kreisschulen.....	5
Wirtschaftsförderung und Digitalisierung.....	5
Asyl, Migration und Integration .....	6
Verkehr und Infrastruktur .....	6
Gesundheit und Soziales .....	7
Umwelt, Naturschutz und Energie .....	8
Aquakulturen im Bodensee.....	9
Tourismus.....	9
Verwaltung .....	9
Ehrenamt.....	10

## Präambel

Der Bodenseekreis ist einer der attraktivsten Landkreise in Deutschland, sowohl zum Arbeiten als auch zum Leben. Seine wirtschaftliche Stärke sowie seine unfassbaren landschaftlichen Schätze machen ihn für seine Bürger zu einer lebenswerten Heimat und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Die Aufgabe der Politik auf Kreisebene muss vor allem darin bestehen, nahe bei den Bürgern zu sein, ihre Interessen aufzunehmen, zu bündeln und in nachhaltige Politik umzusetzen.

In diesem Geist stellen sich Frauen und Männer der AfD Bodenseekreis als Kandidaten für die Kreistagswahl 2019 zur Verfügung und verpflichten sich auf das nachfolgende Programm.

## Direkte Demokratie

Die AfD fordert die Durchführung von verbindlichen Bürgerentscheiden auch auf Landkreisebene. Vor allem bei strittigen und kostspieligen Großprojekten wollen wir die Einwohner des Bodenseekreises mitnehmen. Moderne Politik bedeutet für uns echte Beteiligung der Bürger.

Die direkte Demokratie weckt allgemeines Politikinteresse und führt dazu, dass sich die Bürger mehr informieren. Anders gesagt: Direkte Demokratie ist politische Bildung. Außerdem wird durch Bürgerentscheide die Legitimation der Entscheidung erhöht. Die direkte Demokratie ermöglicht besonders den kleinen Parteien, Interessengruppen oder Bürgerbewegungen noch besser, eventuell von der politischen Mehrheit vernachlässigte Themen auf die Tagesordnung zu bringen.

## Sicherheit und Ordnung

Die AfD steht wie keine andere Partei für Sicherheit und Ordnung. Wir setzen uns für einen starken Staat ein, denn nur wenn dieser Handlungsfähigkeit beweist, können seine Bürger in Ruhe und Sicherheit leben. Dies muss das oberste Ziel der Politik sein.

Auch im Bodenseekreis gibt es Handlungsbedarf. Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Polizeipräsidiums (PP) Konstanz registriert für den Bodenseekreis zwar eine konstant gebliebene Zahl von Straftaten insgesamt, jedoch signifikante Anstiege im Bereich von Aggressionsdelikten im öffentlichen Raum (Taten im Bereich Gewaltkriminalität zuzüglich einfache Körperverletzung), Vermögens- und Fälschungsdelikten durch die Betrugsmasche „Falscher Polizeibeamter“ und bei den Fallzahlen von Gewalt gegen Polizeibeamte.

Die Gewalt gegen Polizeibeamte verzehnfachte sich nahezu (Anstieg von 49 auf 457 Straftaten im Zuständigkeitsbereich des PP Konstanz). Daher begrüßt die AfD die Ausstattung der Polizisten mit Body-Cams und drängt auf eine zügige flächendeckende Umsetzung im Bodenseekreis.

Um die Straftaten im öffentlichen Raum einzudämmen fordern wir eine sichtbare Erhöhung der Polizeipräsenz, vor allem an belebten Orten wie Bahnhöfen, Parks, Einkaufsstraßen, Bars und Discotheken. Es braucht eine abschreckende Wirkung, vor allem an den neuralgischen Standorten.

Die Fälle von Vermögens- und Fälschungsdelikten nahmen im letzten Jahr ebenfalls deutlich zu. Dazu trug besonders die Callcenter-Betrugsmasche „Falscher Polizeibeamter“ bei. Diesbezüglich ist im Bodenseekreis ein Anstieg um Faktor 20 zu verzeichnen (von 21 auf 414 Delikte).

Wir fordern deshalb eine Präventionskampagne des Kreistages, die möglichst alle Bürger des Landkreises umfassend über diese Gefahren aufklärt und deren Sinne schärft. Dies muss sowohl „online“ als auch innerhalb des öffentlichen Raumes geschehen, beispielsweise für jeden sichtbar in allen öffentlichen Gebäuden sowie auf Werbetafeln.

Auch die Zahl der straffällig gewordenen Flüchtlinge steigt im Bodenseekreis weiter an. Gemessen an den Zahlen von vor zehn Jahren liegen wir im Bodenseekreis bei circa doppelt so vielen Straftaten. Im Vergleich zum Fünfjahresmittelwert registriert die PKS im Landkreis eine Steigerung von ungefähr 25 Prozent. Wir fordern hier eine Nulltoleranzpolitik. Helfen können hier speziell ausgerichtete Maßnahmen wie zum Beispiel der Einsatz ziviler Polizeistreifen an sogenannten Flüchtlings-Hot-Spots.

Nicht berücksichtigt werden in den amtlichen Zahlen Straftaten nach dem Ausländerrecht, die ohnehin nur von Zuwanderern begangen werden können. Das Herausrechnen kritisiert die AfD deutlich. Diese Zahlen dürfen dem Bürger in der PKS nicht vorenthalten werden, sondern sind ebenfalls transparent gesondert aufzuführen.

## Kreisfinanzen

Verglichen mit anderen Landkreisen in Baden-Württemberg liegt die Kreisumlage des Bodenseekreises im Mittelfeld. Die Kommunen sind finanziell in Deutschland oft sehr schlecht ausgestattet und müssen diese Mittel fast gänzlich für deren Pflichtaufgaben verwenden. Spielraum für notwendige Projekte existiert da kaum.

Daher sollte die Kreisumlage zukünftig auf dem derzeitigen Niveau gehalten werden oder je nach finanzieller Situation weiter gesenkt werden. Die Kommunen sollten in die Lage versetzt werden, wichtige Projekte auch eigenständig angehen zu können.

Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 100 Euro pro Einwohner liegt der Bodenseekreis weit unter dem Durchschnitt der Landkreise Baden-Württembergs (ca. 253 Euro – Stand 31. Dezember 2017) und der Landkreise des Regierungsbezirks Tübingen (ca. 180 Euro – Stand 31. Dezember 2017).

Wir unterstützen den Weg der Konsolidierung der Kreisfinanzen. Die Schuldentilgung darf wegweisende Zukunftsinvestitionen nicht behindern, sondern ist mit ihnen in Einklang zu bringen.

## Wohnungsbau

Der Wohnungsbau wird vor allem durch lange Genehmigungsverfahren, hohe Baukosten und kaum bezahlbares Bauland gebremst. Seit Jahren übersteigt deshalb im Bodenseekreis die Nachfrage an bezahlbarem Wohnraum das Angebot um ein Vielfaches mit der Folge, dass Bürger bis in die Mittelschicht hinein, kaum mehr bezahlbare Wohnungen finden.

Hinzu kommt seit wenigen Jahren noch die ungezügelte Massimmigration, welche dieses Missverhältnis und damit den Wohnungsmangel im Bodenseekreis künftig noch verschärfen wird, da auch in unserem Landkreis immer mehr Wohnraum behördlicherseits für die sogenannte „Anschlussunterbringung“ dem freien Markt entzogen wird. Amtliche Zahlen hierzu gibt es kaum, aber wir werden hier für Transparenz sorgen.

Der Leerstand an Ferienwohnungen, vor allem innerhalb der Wintermonate, befeuert das Problem zusätzlich. Wir wollen mehr Familien- statt Ferienwohnungen. Bei der Vergabe von Bauland bzw. Wohnraum sind ortsansässige Familien zu bevorzugen. Zum Bau familieneigneter Wohnungen wäre ein Förderprogramm für den sozialen Wohnungsbau denkbar.

Sowohl die Wohnraumverdichtung als auch die Erschließung und Vergabe von neuem Bauland, müssen beschleunigt werden. Da die Flächenausdehnung oft zeitraubende Planungen vieler Instanzen benötigt, präferieren wir, dort wo es möglich ist, eine Wohnraumverdichtung, angepasst auf die

lokalen Umstände. Die effiziente Sanierung von Altbauten darf dabei ebenfalls kein Tabu sein. Altbauten nicht abreißen, sondern klug umwandeln und ergänzen, lautet unsere Forderung.

Enteignungen, wie sie von prominenten Vertretern der Linken und Grünen kürzlich gefordert wurden, sind für uns inakzeptabel, da sie ein Klima der Unsicherheit für Wohnungsbauer säen und somit den Wohnungsbau nur noch weiter ausbremsen. Wer investiert, muss auch sicher sein, dass ihm weder Wohnraum noch sein Betrieb einfach weggenommen wird.

Stattdessen sollte man schleunigst prüfen, welche in Landkreisbesitz liegenden Flächen für den sozialen Wohnungsbau freigegeben werden können.

## Kreisschulen

Wir setzen uns für ein Lernen auf höchstmöglichem Niveau ein. Dazu gehört das gesamte Schulumfeld, vor allem das Schulgebäude und dessen Ausstattung. Renovierungen und Sanierungen sowie Investitionen in Arbeitsmaterial muss flächendeckend Priorität haben.

Wir fordern die Attraktivität und Wertschätzung der berufsbildenden Schulen und deren Ausbildung weiter zu steigern. Wir benötigen nicht nur Master, sondern auch Meister. Der fehlenden Wertschätzung von Handwerksberufen ist damit entgegenzuwirken. Die bewährte Kooperation zwischen den beruflichen Schulen in der Trägerschaft des Kreises und der Wirtschaft soll fortgesetzt und ausgebaut werden.

Dies betrifft vor allem die Digitalisierung der Schulen insgesamt sowie die technischen und personellen Voraussetzungen für den Unterricht. Schüler müssen frühzeitig lernen, mit digitalen Arbeitsmitteln umzugehen. Außerdem sollen Schulbücher in digitaler Form den schweren Druckexemplaren vorgezogen werden.

Bei gesellschaftlich umstrittenen Themen, welche in den Schulen behandelt werden, ist auf die Darstellung der Kontroversität, sprich auf die Meinungsvielfalt, zu achten, wie es für die politische Bildung vorgeschrieben ist (Beutelsbacher Konsens). Es darf keine politische Indoktrination stattfinden. Dies betrifft beispielsweise auch die ideologisch geführte Genderdiskussion an Schulen. Diese links-grünen Fantasien haben in der Schule nichts zu suchen.

Wir kritisieren darüber hinaus das aktuelle Schulschwänzen bei Bewegungen wie „Fridays for Future“. Wer sein Demonstrationsrecht wahrnehmen möchte, soll dies in seiner Freizeit tun. Damit würden Schüler echtes Interesse zeigen. Die Anzahl der Stundenausfälle ist bereits inakzeptabel hoch. Auch deshalb ist die Teilnahme während der Schulzeit zu kritisieren. Die Schulpflicht ist zwingend durchzusetzen.

## Wirtschaftsförderung und Digitalisierung

Grundlage des Wohlstands der Einwohner im Kreis ist und bleibt eine florierende Wirtschaft. Weil der Bund bei der Bereitstellung der Infrastruktur zur Digitalisierung seit Jahren versagt, ist es notwendig und richtig, dass jetzt Land, Region, Kreise und Gemeinden mit der Wirtschaft die Digitalisierung gemeinsam vorantreiben. Dazu wäre die Gründung eines Zweckverbandes eine Maßnahme. Dieser könnte sich vor allem um die Beschleunigung des Glasfaserausbaus kümmern und mit den Einwohnern vor Ort Lösungen erarbeiten.

Ein schneller Internetzugang, ohne eine künstliche Volumenbegrenzung, muss auch in ländlichen Gebieten flächendeckend umgesetzt werden. Standortnachteile und damit verbundene

Abwanderungen von Unternehmen und Privatleuten müssen vor allem im ländlichen Raum verhindert werden.

Wir unterstützen außerdem die Subventionierung von Städten, Gemeinden und lokalen Netzbetreibern, die den Ausbau einer Open-Access Internet-Infrastruktur auf Basis einer zukunftssicheren Glasfaser-Technologie, welche allen Dienste-Anbietern zur Verfügung steht, vorantreiben.

Dabei muss auch auf besonders schnelle, effiziente und nachhaltige Technologien wie das Nano-Trenching zurückgegriffen werden, sodass möglichst viele Bürger von den Investitionen profitieren. Hierbei werden entlang bestehender Verkehrswege minimalinvasiv circa 6 cm tiefe Fugen in den Asphalt gefräst worin dann die Glasfaserleitungen verlegt werden. Nach der anschließenden Versiegelung ist die vollständige Tragkraft der Straße wiederhergestellt. Unter optimalen Bedingungen können mit diesem Verfahren Glasfaserleitungen doppelt so schnell verlegt werden, wie mit dem bisher bekannten Micro-Trenching und sogar 50-mal so schnell wie klassisch mit Bagger und Schaufel.

## Asyl, Migration und Integration

Integrationsfähige und -willige Personen mit rechtmäßigem Aufenthaltstitel (als Asylberechtigte oder Bürgerkriegsflüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention) sollen selbstverständlich in den Arbeitsmarkt integriert werden, zum gegenseitigen Nutzen von Migranten und Gesellschaft.

Die Integration ausreisepflichtiger Personen hintertreibt jedoch die Bemühungen, unrechtmäßigen Aufenthalt zu beenden und hat daher zu unterbleiben.

Des Weiteren fordern wir eine verbindliche medizinische Altersfeststellung bei minderjährigen Flüchtlingen im Bodenseekreis. Jeder minderjährige Flüchtling kostet den Staat ungefähr 50.000 Euro pro Jahr (Zahlen der Länder) und damit ein Vielfaches mehr als erwachsene Flüchtlinge.

Um Missbrauch gegenüber dem Steuerzahler vorzubeugen und damit ein klares Signal des Rechtsstaates zu setzen, ist eine sichere Altersfeststellung durch einen Arzt zwingend notwendig.

Eine Anschlussunterbringung von Asylbewerbern muss möglichst kostengünstig erfolgen. Eine Unterbringung in eingerichteten Containern unter menschenwürdigen Bedingungen darf bis zur freiwilligen Rückkehr bzw. der Rückführung kein Tabu sein.

Bei wiederholtem Fehlverhalten von Asylbewerbern fordern wir eine sofortige Kürzung des Taschengeldes. Die AfD fordert außerdem die teilweise Umwandlung von Geldleistungen in Sachleistungen.

Anerkannte Asylberechtigte sollen als Anreiz, nach erfolgreichen Schritten der Integration (z.B. erfolgreicher Teilnahme an Sprachkursen, durch freiwillige Arbeitsleistungen für das Gemeinwohl und rechtstreuem Verhalten) einen Teil der Sachleistungen in Geldleistungen umwandeln bekommen.

Um Mehrfachidentitäten und Sozialbetrug zu verhindern sind die Bürgerämter mit den von der Bundesdruckerei entwickelten Dokumentenprüfgeräten auszustatten.

## Verkehr und Infrastruktur

Für die Mobilität der Kreiseinwohner sind die Kreisstraßen von größter Bedeutung. Jahrzehntlang hat die Verwaltung zu wenig für deren Ausbau getan. Vor allem in unserem sehr ländlich geprägten Bodenseekreis nimmt der motorisierte Individualverkehr eine zentrale Rolle ein. Gemessen an der

wirtschaftlichen Entwicklung blieb die Entwicklung der Verkehrswege im Bodenseekreis zurück. Die Verkehrssituation muss daher nachhaltig verbessert werden.

Aus diesem Grund sind wir für den Aus- und Neubau von Straßen und Schienenverbindungen, um Fahrtwege zu verkürzen und Transitverkehr umzuleiten, sodass Ortschaften entlastet werden. Eine Verbesserung wollen wir aber auch mit der Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs erzielen. Hierfür braucht es höhere Taktungen, auch in den Abendstunden und den Anschluss kleinerer Ortschaften an das Streckennetz. Beim Thema ÖPNV ist verstärkt mit den Nachbarlandkreisen zusammenzuarbeiten.

Weiterhin setzen wir uns für einen kreisweiten Nachtbus ein, der vor allem Jugendliche und junge Erwachsene zum Veranstaltungsort und nach der Feier wieder sicher nachhause bringt.

Nach der Elektrifizierung der Südbahn und der Bodenseegürtelbahn zwischen Lindau und Friedrichshafen ist auch die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell voranzutreiben. Da auf elektrifizierten Strecken mehr Züge verkehren können, weil die stromgetriebenen Triebwagen schneller beschleunigen und somit in kürzeren Abständen fahren können, ist bei Bedarf auch eine schnellere Taktung möglich. Auch eine Fahrzeitverkürzung für Reisende liegt auf der Hand. Auch das Konzept der Bodensee-S-Bahn würde die Straßen entlasten und kommt Berufspendlern und Touristen gleichermaßen zu Gute.

Der Aus- und Neubau der B31 ist noch längst nicht zufriedenstellend abgeschlossen. Das Problem des Nadelöhrs in Hagnau besteht weiterhin und wird sich mit Fertigstellung der Umfahrung Friedrichshafen noch verschärfen. Die AfD setzt sich auch hier für eine zukunftsfähige Lösung ein, welche vor allem in Zusammenarbeit mit lokalen Interessenvertretern und dem Gemeinderat erarbeitet werden muss. Priorität sollten Zukunftsfähigkeit und Anwohnerinteressen haben.

Tempo 30-Zonen, welche tagsüber verhängt wurden, lehnen wir ab, da diese den Verkehrsfluss eher behindern und zu Staus führen. Nachts kann in Ausnahmefällen bei nachgewiesener ungesunder Lärmbelästigung der Anwohner eine Reduzierung auf Tempo 30 durchgeführt werden.

Radfahren ist nicht nur aus touristischer Sicht, sondern auch aus Sicht der Verkehrsentslastung wertvoll. Wir befürworten den Aus- und Neubau von Radwegen, sofern sich diese Baumaßnahmen in einer vertretbaren Kosten-Nutzen-Relation bewegen. Überbreite Radwege (2,50m und breiter) lehnen wir deshalb ab.

Der Bodensee-Airport ist für den Bodenseekreis ein wichtiger Bestandteil seiner Infrastruktur. Dies gilt sowohl für Touristen als auch für Geschäftsleute der hier ansässigen Unternehmen. Daher befürworten wir den Flughafenstandort Friedrichshafen. Jahr für Jahr schreibt der Flughafen jedoch tiefrote Zahlen. Eine Senkung der Start- und Landegebühren muss angestrebt werden, wodurch neue Fluggesellschaften nach Friedrichshafen gelotst werden, die für einen rentablen Betrieb notwendig sind.

## Gesundheit und Soziales

Die linke Genderideologie hat nichts mit Gleichberechtigung der Geschlechter zu tun. Der Begriff wurde zu einem Kampfbegriff vornehmlich feministischer, linker und grüner Gruppierungen gegen alle traditionellen Werte. „Gegenderte“ amtliche Dokumente werden zunehmend unlesbar, spiegeln eine wahnhaftige Ideologie wider und kosten nur unnötig Geld, welches besser für wirklich wichtige Zukunftsinvestitionen verwendet werden muss, zum Beispiel für die Kinderbetreuung.

Mit der Genderpolitik und einer schulischen Frühsexualisierung unserer Kinder überschreitet der Staat außerdem den Bildungsauftrag für unsere Kinder weit und verletzt die Privatsphäre und das Selbstbestimmungsrecht der Bürger. Die AfD setzt sich stattdessen für mehr Kinderfreundlichkeit ein. Dazu gehört als zentraler erster Schritt die landkreisweite Abschaffung der Kindergartengebühren sowie weitere Anreize zum Bau von neuen Kindertagesstätten, auch in Betrieben, und der notwendigen Ausbildung neuer Erzieher.

Außerdem wollen wir im gesamten Bodenseekreis mittels Vorschulklassen unseren Jüngsten den Einstieg in den Schulalltag erleichtern. Hierfür streben wir an, dass jeder Kindergarten eine Kooperation mit einer Grundschule eingeht, sodass unsere Kinder ab Tag 1 in der Grundschule bestens auf die Schule vorbereitet sind.

Alleinerziehende fühlen sich im Alltag häufig vom Staat allein gelassen und nicht ausreichend unterstützt. Wichtige Termine können oft nur durch die Hilfe der Großeltern abgedeckt werden. Wenn diese nicht verfügbar sind, stehen viele Alleinerziehende vor einem riesigen Problem. Wohin mit den Kleinen?

Auch dagegen wollen wir flächendeckend etwas tun und genügend Angebote schaffen, sodass alleinerziehende Menschen vor allem unter der Woche ihre Kinder für wenige Stunden kostenlos in Einrichtungen von Tagesmüttern bringen können und sie nach Erledigung des Termins wieder abholen. Derzeit gibt es davon im Bodenseekreis zu wenig. Dies fängt bereits bei der Ausbildung von qualifiziertem Personal an. Gemeinsam mit den berufsbildenden Einrichtungen muss die Ausbildung vorangetrieben werden.

Der Bodenseekreis soll barrierefrei sein. In Anbetracht des demografischen Wandels, der steigenden Lebenserwartung und des berechtigten Wunsches von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, nimmt das Thema Barrierefreiheit eine zentrale Rolle ein. Ob mit dem Kinderwagen, dem Rollstuhl, dem Rollator oder der Gehhilfe, schon kleine Treppenstufen oder Schäden in der Straße können große Hürden darstellen.

Wir wollen nicht, dass Menschen wegen körperlicher Einschränkungen in ihrer Mobilität limitiert werden oder ihnen die Teilnahme am politischen und kulturellen Geschehen erschwert wird. Dazu gehört für uns auch ein möglichst langes Leben in Würde im eigenen Haushalt.

## Umwelt, Naturschutz und Energie

Eine intakte, gesunde Natur ist wichtiger Bestandteil des menschlichen Lebens. Der Schutz der Natur ist ein bedeutendes Thema konservativer Politik und zuvorderst Gemeinschaftsaufgabe. Die Politik kann und muss als Vorbild für seine Bürger agieren. Rein ideologisch begründete Maßnahmen lehnen wir strikt ab.

Ein besonders absurdes Beispiel für eine ideologiebasierte, sinnlose und bürgerfeindliche Politik sind die Dieselfahrverbote auf der Grundlage völlig willkürlicher, wissenschaftlich nicht haltbarer Grenzwerte. Wir setzen uns dafür ein, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um eventuell zukünftige Fahrverbote im Bodenseekreis aufzuheben bzw. zu verhindern. Linke und Grüne bekämpfen damit das Rückgrat der deutschen Wirtschaft - die Automobilindustrie sowie dessen Zulieferer. Von deren Wohle profitiert auch der Bodenseekreis enorm.

Außerdem sind wir gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Bodenseekreis. In Baden-Württemberg können Windräder nur auf den Höhen des Schwarzwaldes und im Nordosten des Landes wirtschaftlich betrieben werden. An allen anderen Standorten, besonders aber im windarmen Bodenseekreis, werden nicht einmal 60% des Referenzertrages erreicht. Für Investoren lohnend sind derartige Anlagen nur aufgrund der für den Staat unrentablen und übertrieben hohen Subventionen.



Windräder sind zudem für Vögel eine große Gefahr, da diese in nicht geringer Zahl von den in Spitzen bis zu 200km/h schnell rotierenden Flügelspitzen erschlagen werden. Auch das herrliche Landschaftsbild unseres Landkreises wird hierdurch zerstört.

Stattdessen wären andere regenerative Energiequellen wie Photovoltaikanlagen auf nahezu allen Dächern öffentlicher Gebäude, Biogasanlagen und Pumpspeicherkraftwerke zur Zwischenspeicherung bei uns besser geeignet.

Des Weiteren positioniert sich die AfD deutlich gegen das Fracking am Bodensee. Beim Fracking wird mittels horizontaler und vertikaler Bohrungen ein Gemisch aus Chemikalien, Sand und Wasser unter hohem Druck (bis ca. 1000 Bar) in mehrere tausend Meter Tiefe gepresst. Dabei werden die Gesteinsschichten, welche das Gas gebunden haben, aufgesprengt, damit dieses entweicht und abgesaugt werden kann. Dies führt zu irreparablen Schädigungen der Natur und damit auch unkalkulierbaren Risiken für die Gesundheit der Bürger.

Wir unterstützen die Errichtung von Parks und erholsamen Uferzonen sowie Natur und Landschaft schützende, ideologiefreie Projekte. Dies macht unsere Heimat liebenswert und zugleich attraktiv für Touristen.

## Aquakulturen im Bodensee

In den letzten Jahren sind die Fangzahlen der Bodenseefischer stark gesunken, was einige Fischer vor existentielle Probleme stellt. Ein strittiger Vorschlag, um diesem Problem zu begegnen war, sogenannte Aquakulturen, also Fischzuchten in dafür mit Netzen abgetrennten kleinen Seebereichen, aufzubauen.

Die AfD spricht sich auf Grundlage derzeitiger Erkenntnisse gegen Aquakulturen zur Fischzucht im Bodensee aus. Das Einbringen von notwendigen Antibiotika in solch abgetrennten Seebereichen birgt ein großes Risiko für die Wasserqualität und damit auf den See insgesamt als Trinkwasserspeicher. Auch die Verschmutzung würde in diesen Bereichen zunehmen.

Die AfD lehnt Fischzucht jedoch nicht pauschal ab. Bodenseetypische Fische wie Felchen sollten stattdessen in Anlagen an Land gezüchtet werden. Hierzu könnte auch natürliches Bodenseewasser genutzt werden. Dies würde den Fischern und deren Familien wieder eine verbesserte Erwerbsgrundlage liefern.

## Tourismus

Unser landschaftlich wunderschöner Bodenseekreis weist eine Fülle an kulturellen und touristischen Schätzen auf. Vom malerischen Bodensee, den hochwertigen Wein- und einmaligen Obstlandschaften, über lokale Museen und Kultureinrichtungen, bis hin zu Freizeittourismus mit sportlichen, musikalischen oder kulinarischen Genüssen hat unser Kreis ein abwechslungsreiches Angebot.

Weitere staatliche Förderungen bei Tourismusprojekten sehen wir jedoch kritisch, da der Tourismus auch im Zusammenhang mit der Wohnungsnot zu sehen ist. Viele Wohnungen werden nur für Urlauber vorgehalten. Wir legen Wert auf einen sanften und unsere Heimat schonenden Tourismus.

## Verwaltung

Die AfD fordert die Einführung virtueller Bürgerbüros für den Bodenseekreis. Ziel muss sein, dass einfache Verwaltungsvorgänge rund um die Uhr bequem von zu Hause aus erledigt werden können. Dazu gehören beispielsweise Abfragen des Bearbeitungsstands von beantragten Dokumenten,



Mitteilungen über Fundsachen, Bekanntgabe der Steuer-ID, Meldebescheinigungen, Personenstandsurkunden (z.B. Geburts- oder Eheurkunde), Vorbereitungen für Reisedokumente, die Antragstellung für Schwerbehindertenausweise und die Anforderung von Briefwahlunterlagen. Die Digitalisierung von Arbeitsprozessen spart außerdem Geld und bietet noch viel Potential zur Vereinfachung.

## Ehrenamt

Zahlreiche Bürger des Bodenseekreises sind ehrenamtlich in Vereinen, Rettungsdiensten, Feuerwehren oder anderen Einrichtungen engagiert. Leider erfahren diese Helfer nicht immer die ihnen zustehende Wertschätzung. Dabei übernehmen sie gesellschaftlich wichtige Aufgaben. Es gilt, diesen wertvollen Einsatz zu erhalten und zu fördern. Wir sprechen uns daher für die Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten durch Zuschüsse des Landkreises aus.